

**Praxis**

Der GOZ-Ausschuss der LZK informiert  
**Die analoge Berechnung des externen Sinusliftes nach GOZ** 42

Sind Sie informiert?  
**Stichwort: Strahlenschutz** 45

Steueränderungen der neuen Bundesregierung  
**Relevante Finanzfragen für den Zahnarzt** 46

Demonstrationsmaterial für die Ausbildung in der Praxis  
**PowerPoint-Lehr-Präsentation auf CD-ROM aktualisiert** 47

**Aus den Regionen**



29 Studenten der Heidelberger Universität erhalten ihre Examenszeugnisse  
**Steigender Frauenanteil im Zahnmedizinstudium bietet Chancen** 48

**Personalia**

Werner Pöhner feierte 25-jähriges Dienstjubiläum  
**„Besondere Leistung für den Berufsstand“** 56

ZFZ Stuttgart  
**Renate Pfeifer feiert ihr 25-jähriges Dienstjubiläum** 57

**Versorgungsanstalt**



Beilage 1/2006  
**Freiwillige Zuzahlungen - Rentenbezugsdauer**

**Rubriken**

Editorial	3	Amtliche	
Termine	30, 35	Mitteilungen	52
Namen und		Impressum	54
Nachrichten	50	Leserforum	55
Buchtipps	51	Personalia	56

**Nach Redaktionsschluss...**

... gingen die niedergelassenen Ärzte auf die Straße, um für weniger Bürokratie und bessere Arbeitsbedingungen zu demonstrieren. Das Maß ist nun auch bei den Ärzten voll. Weniger bürokratische Auflagen, mehr Gestaltungsmöglichkeiten und mehr Transparenz: Die Zahnärzte fordern das schon seit Jahren. In den Gesprächen mit Politikern oder in Informationen für die Medien wird das Konzept der Kostenerstattung konsequent eingebracht.

... führte Ministerin Schmidt einer staunenden Öffentlichkeit vor, wie man sich von einem 100-Prozent-Verursacher zum unschuldigen Zuschauer macht: „Für die bürokratischen Auswüchse kann man nicht die Bundesregierung an den Pranger stellen.“ Wen sonst? Der Abgeordnete Lauterbach sagt: „Für 70 Prozent der Bürokratie sind die Kassenärztlichen Vereinigungen zuständig, für 30 Prozent die Kassen.“ Nehmen wir doch einmal ein konkretes Beispiel: die gesetzlich verhängte Degression. Diese Verordnung kann gar nicht gesetzeskonform umgesetzt werden. Weil die Politik dies weiß, wird die Verordnung mit einer weiteren Verordnung verknüpft: Setzt die Selbstverwaltung nicht doch irgendwie um, werden alle ihre Mitglieder mit zehn Prozent Honorarkürzung über alle Leistungsbereiche bestraft. Also treibt man einen entsprechenden Aufwand, um die Strafaktion zu vermeiden. Nach dem Verursacherprinzip ist also doch der Gesetzgeber „an den Pranger“ zu stellen, um die Worte der Ministerin erneut zu bemühen.

... haben der Vorstand und der Landesbeirat der KZV BW die Vertragsverhandlungen mit den Krankenkassen für das Jahr 2006 intensiv diskutiert und vorbereitet. Einzelheiten aus dem laufendem Vertragsgeschäft lesen Sie in den nächsten Ausgaben des ZBW.

gr